

Spielplatz für Rehse keine Option ^{MB 1} ^{3.5.}

WNK-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse hat's genau andersherum gemeint: Bei der Suche nach einem Standort für Parkplätze im Bereich Markt brauche er über die Hüpp-Anlagen „nicht lange nachzudenken“ eingedenk des schönen Kinderspielplatzes und des Anfangs des Grüngürtels. Für ihn sei dieser Standort „absolut keine“ Option für eine Parkpalette oder sonstige Parkmöglichkeiten, stellte er zum Bericht in der Mittwochausgabe klar. *s.n.*

WNKUWG fordert höhere ^{BR 1} Verwarn- und Bußgelder ^{04.05.}

WERMELSKIRCHEN (ser) Bürger, die gegen die Satzungen der Stadt Wermelskirchen verstoßen, sollen künftig härter bestraft werden – das fordert die WNKUWG-Fraktion in einem Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Rat. Demnach soll der Rat beschließen, ein Konzept zur Anhebung der Verwarn- und Bußgelder bei Verstoß gegen städtische Satzungen zu erarbeiten.

Es gehe der WNKUWG dabei nicht um „Abzocke“ zur Sanierung des städtischen Haushalts, verdeutlicht Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. „Es geht uns darum, nicht nur die immer wieder vielzitierten Falschparker mit Knöllchen zur Kasse zu bitten, sondern auch die Mitmenschen, die andere städtische Satzungen hinsichtlich Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit schlichtweg missachten.“

Dabei solle sich Wermelskirchen ein Beispiel an anderen Ländern

nehmen: „Die Höhe möglicher zu zahlender Verwarn- und Bußgelder soll derart drastisch angehoben werden, dass es im Portemonnaie richtig wehtut, wenn sich an diese Spielregeln menschlichen Miteinanders in unserem Gemeinwesen nicht gehalten wird“, betont Rehse, der sich wünscht, dass nach einer für manche Bürger „schmerzhaften Lernphase“, in Wermelskirchen ein Klima entstehen würde, dass Kontrollen, Verfahren sowie Verwarn- und Bußgelder einfach überflüssig machen würde, „weil jeder die bestehenden Satzungen respektiert und umsetzt und so seinen Beitrag zu einer schönen und sauberen Stadt leistet“.

Einnahmen aus diesen Geldern sollen nach Ansicht von WNKUWG ausschließlich verwendet werden, um die Überwachung der Satzung und die Beseitigung von Schäden, die aus Verstößen resultieren, zu finanzieren.

WNKUWG will wieder Ein-Euro-Jobber BM 14.05.13

WERMELSKIRCHEN (wot) Die WNKUWG spricht sich dafür aus, Langzeitarbeitslose für gemeinnützige Arbeit etwa in Altenheimen oder Sportvereinen einzusetzen. In einem Antrag an Bürgermeister Eric Weik und an den Vorsitzenden des Sozialausschusses fordert WNKUWG-Vorsitzender Henning Rehse, dass der Rat ein Modell beschließen solle, bei dem „Empfänger von Transferleistungen zur Leistung von Aufgaben für die Gemeinschaft herangezogen werden“.

Hierbei sollen alle beteiligten Stellen – Stadtverwaltung, Agentur für Arbeit und Kreis – zusammenarbeiten. Doch ist der Antrag rechtlich überhaupt umsetzbar?

Michael Schulte, Geschäftsführer des Jobcenters Rhein-Berg, sagte auf Anfrage: „Bei „Ein-Euro-Jobs“

sind rechtlich sehr enge Grenzen gesetzt.“ Ein-Euro-Jobs müssten „zusätzlich, gemeinnützig und wettbewerbsneutral“ sein. Ob eine Beteiligung des Jobcenters möglich sei, müsse geprüft werden.

Beigeordneter Jürgen Graef wollte sich zum aktuellen Antrag nicht äußern: „Der Antrag ist verwaltungsintern noch nicht diskutiert worden“, betonte er.

Hintergrund ist ein Antrag der Fraktionen BüFo, FDP und WNKUWG zum Thema „Verbesserung der Sauberkeit in unserer Stadt“, den die Fraktionen bereits im November 2010 gestellt hatten. Darin hatten die Fraktionen gefordert, ein Arbeitsmodell zu erarbeiten. Der daraufhin eingerichtete Arbeitskreis „Saubere Stadt“ beschäftigte sich mehrfach mit dem Antrag.



„Bei Ein-Euro-Jobs sind rechtlich sehr enge Grenzen gesetzt.“

Michael Schulte
Geschäftsführer

Anfang Mai dieses Jahres dann die Erkenntnis, dass die Politik nicht zuständig für das Thema ist.

Ein Projekt, in dem Ein-Euro-Jobber für gemeinnützige Arbeiten herangezogen wurden, hat es in Wermelskirchen schon einmal gegeben: An der Remscheider Straße (Rhombus-Komplex) wurde ein Möbellager aufgebaut, um Hartz IV-Empfänger, Obdachlose und Asylbewerber kostenfrei mit aus der Bürgerschaft gespendeten, gut erhaltenen Gebrauchtmöbeln auszustatten. Auch dort waren „Ein-Euro-Kräfte“, zuletzt Asylbewerber, beschäftigt worden.

Das städtische Möbellager war Ende vergangenen Jahres geschlossen worden, weil kein neuer Träger gefunden worden war.

Frage des Tages Seite C 2

RP ONLINE

Frage des Tages

Gestern haben wir Sie gefragt:

Sollten Hartz IV-Empfänger zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden?

Sie haben abgestimmt*:

Ja 95 Prozent

Nein 5 Prozent



Lidl-Parkplatz wird für Radler und Fußgänger zur Sackgasse

Nach Vandalismus und Ärger reagiert Discounter.

VON UDO TEIFEL *BH 23.05.13*

WERMELSKIRCHEN Es schien für Radler, aber auch für Fußgänger wie eine Selbstverständlichkeit: Am Wochenende kann der Lidl-Parkplatz als Abkürzung genutzt werden. Jetzt hat der Discounter, nachdem sich Anwohner wie auch Kunden beschwerten und es auch zu Vandalismus gekommen ist, reagiert: Das Zufahrtstor zur Thomas-Mann-Straße ist so gesichert, dass es in geschlossenem Zustand nicht mehr umgangen werden kann. Damit wird der Weg vom Wasserturm über den Lidl-Parkplatz außerhalb der Öffnungszeiten zur Sackgasse.

Vor einigen Monaten schon hatte die Stadtverwaltung nach Gesprächen mit Lidl im Bereich des Wasserturms/Fußgängerbrücke Belten das Hinweisschild „Fußweg – Radfahren verboten“ aufgestellt. Doch das Schild wurde meistens von Radfahrern ignoriert. Henning Rehse

(WNKUWG) hat die Initiative ergriffen und steht in Kontakt mit Lidl. Zudem hat er am Dienstag im Bereich des Wasserturm ein provisorisches Schild für Radfahrer angebracht mit dem Hinweis: „Keine Durchfahrt zur Thomas-Mann-Straße/Balkantrasse möglich.“ Die Ergänzung für Fußgänger lautet: „Durchgang zur Thomas-Mann-Straße nur während der Lidl-Öffnungszeiten möglich.“

In einer Mail informierte er den Bürgermeister weiter, dass er Lidl gebeten habe, im Falle der Schließung des hinteren Teils des Parkplatzes zum Fußweg dort unbedingt ein Tor einzusetzen. „Dies sollte während der Geschäftszeiten geöffnet bleiben, da insbesondere ältere Menschen den Fußweg als kürzeren Weg zum Lidl nutzen“, so seine Bitte an die Geschäftsführung. „Die zuständige Mitarbeiterin hat meinen Vorschlag sehr aufgeschlossen aufgenommen“, so Rehse.



Hier ist kein Durchkommen mehr: Der Discounter Lidl hat die Toranlage an der Thomas-Mann-Straße so gesichert, dass niemand mehr durchkommt, wenn auch das große Tor außerhalb der Öffnungszeiten geschlossen wird. FOTO: REHSE

Keine Auskunft über Anwalts-Kosten

Die Stadt fordert immer häufiger externe juristische Beratung an- einen Überblick über die so entstandenen Kosten lehnt der Bürgermeister ab. 84
24.05.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Weder Politiker noch Bürger werden von der Stadtverwaltung eine Auskunft darüber bekommen, wie hoch die Kosten für juristische Beratung und Vertretung ist. Das teilte Bürgermeister Eric Weik der WNKUWG mit. Die Rats-



„Die Klärung der einfachsten Sachverhalte wird extern vergeben.“

Henning Rehse

mitglieder Dirk Wartmann und Stefan Kind wollten die entstandenen Kosten für die Jahre 2010 bis 2013 erfahren. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse zu den Hintergrün-

den der Anfrage: „Die Verwaltung vergibt trotz der beiden vorhandenen Juristen – Eric Weik und Jürgen Graef – für teures Geld die Klärung der einfachsten juristischen Sachverhalte nach außen. Nichts wird intern bearbeitet.“ Seine Fraktion wolle einmal wissen, wie viel Euro das wofür pro Jahr ausmache.

Bürgermeister Eric Weik lehnt die Erhebung dieser Daten ab – das würde einen „erheblichen Zeitaufwand für die gesamte Verwaltung bedeuten“. Solche Vorgänge würden nicht gesondert registriert, sondern seien jeweils „Teil von einzelnen Aktenvorgängen einzelner Ämter und Abteilungen“. Diese müssten in großem Umfang „nahezu flächendeckend“ gesichtet werden, um die Angaben machen zu können. Er sehe sich daher nicht in der Lage, vor dem Hintergrund des „unverhältnismäßigen Aufwandes“, die Daten zu liefern.

Rehse zeigte sich gestern einerseits einsichtig: „Wir wollen der Verwaltung nicht übermäßig Arbeit aufladen. Ich erwarte auch nicht, dass alle Akten durchforstet werden.“ Dann gab er dem Bürgermeister gleich einen Rat, wie man so ein Thema angehe und binnen weniger Minuten ohne großen Aufwand, so zumindest in seiner Firma, die ge-

wünschten Informationen erhalte. „Die für die Stadt tätigen Kanzleien sind sicher nicht sehr zahlreich – ich schätze fünf bis zehn.“ Deren Namen seien bekannt und würden in der Buchhaltung zentral als Kreditoren und mit Verwendungsnachweis geführt. „Durch den Aufruf der Rechnungen sollte es problemlos



„Die Aktenvorgänge müssten nahezu flächendeckend gesichtet werden.“

Eric Weik

möglich sein, einen Überblick über die angefallenen Kosten und ihre Veranlassung zu bekommen.“

Rehse erneuerte jedenfalls gestern die Anfrage seiner Fraktion.

Rehse: „Mich wundert nichts mehr“

BH 29.05.2013

WERMELSKIRCHEN (ser) Hennig Rehse, Vorsitzender der WNKUWG-Fraktion, erfuhr gestern Mittag von der BM von der Entscheidung der Bezirksregierung. „Mich wundert in dieser Stadt nichts mehr. Das ist Demokratie in Wermelskirchen“, sagte er spöttisch. WNKUWG, CDU und Bürgerforum hatten in einem gemeinsamen Antrag die Aufhebung des gegenläufigen Radverkehrs gefordert – und schließlich auch durchgesetzt.

Der Entschluss, der Bezirksregierung, von ihrem Veto-Recht Gebrauch zu machen und die Aufhebung vorerst zu stoppen, hat Rehse nicht gewundert. „Ich habe geahnt,

dass noch etwas dazwischen kommen würde.“ Nach einem Telefonat mit der Bezirksregierung könne er die Entscheidung durchaus auch nachvollziehen, sagte Rehse am Nachmittag. Er wundere sich aber, warum sich die Stadtverwaltung nach der Ratssitzung am 13. Mai bislang noch nicht mit den von einer Planungsgruppe empfohlenen Alternativrouten beschäftigt habe. „Warum sind diese Alternativrouten nicht am Montag im Fachausschuss thematisiert worden?“, fragte der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende.

Frank Schopphoff, Ortsgruppensprecher des ADFC, war gestern Morgen auf alles vorbereitet: Mit ei-

ner Digitalkamera wollte er das Abmontieren der Schilder dokumentieren. „Wir werden am Freitag eine Anfechtungsklage sowie einen Eilantrag zum erneuten Montieren der Schilder beim Verwaltungsgericht einreichen“, kündigte Schopphoff an – zu diesem Zeitpunkt wusste er noch nicht, dass sich nur wenige Minuten später das Blatt wieder wenden würde und die Verkehrsführung bis auf weiteres bestehen bleibt. „Aufgrund der sachlichen Auseinandersetzung auf allen Ebenen habe ich es gehofft – mit dieser Entscheidung gerechnet habe ich aber nicht“, sagte er anschließend.

Frage des Tages Seite C 2

RP ONLINE

Frage des Tages

Gestern haben wir Sie gefragt:

Soll der gegenläufige Radverkehr bestehen bleiben, solange es keine sicheren Alternativrouten gib?

Sie haben abgestimmt*:

Ja 21 Prozent

Nein 79 Prozent



Verkehrsnetz NRW weist Kölner Straße als Radweg aus

VON SEBASTIAN RADERMACHER

BH
30.05.

WERMELSKIRCHEN Die WNKUWG-Fraktion bleibt beim Thema Radverkehr hartnäckig und füttert die Diskussion mit neuem Zündstoff an: „Das Rad-Verkehrsnetz NRW weist die Kölner Straße offiziell als Radweg aus“, betonte Fraktionsvorsitzender Henning Rehse gestern. Das Radverkehrsnetz verbindet alle Städte und Gemeinden des Landes mit einer einheitlichen Wegweisung für den Radverkehr – so ist es auf der Internetseite (www.radverkehrsnetz.nrw.de) zu lesen. Dort ist auch entsprechendes Kartenmaterial sowie ein Beschilderungskataster für alle Städte einzusehen.

Kurz bevor die Schilder für den gegenläufigen Radverkehr abmontiert werden sollten, hatte die Bezirksregierung am Dienstag ihr Veto eingelegt und die Änderung der Verkehrsführung untersagt, weil es gleichzeitig noch keine ausgewiesene Alternativroute gibt.

Auf der Karte im Internet wird auf Wermelskirchener Stadtgebiet neben der „Balkantrasse“ auch ein

Radweg durch die Kölner Straße und Berliner Straße markiert. Rehse: „Die Straßen sind dort klassifiziert als Route für Radfahrer. Wir fordern den Bürgermeister auf, dass die Kölner Straße unverzüglich beschildert wird, damit diese als Alternativroute zum gegenläufigen Radverkehr genutzt werden kann.“ Dann müsse die große Behördenrunde Anfang Juni, in der alle Alternativrouten diskutieren werden sollen, gar nicht stattfinden. Rehse bezieht sich dabei auf eine Stellungnahme der Bezirksregierung, die gestern mitteilte: „Sollte die Stadt Wermelskirchen bereits vorher eine verkehrssichere Alternativroute umsetzen, ist dieser Termin entbehrlich.“

Das Kartenmaterial des Radverkehrsnetzes NRW ist laut Homepage vom „Planungsstand April 2013“. Es ist sogar markiert, wo entsprechende Schilder für Radfahrer stehen – auch in der Kölner Straße. Das „Beschilderungskataster“ ist aber aus dem Jahr 2006, deutlich vor Beendigung des Innenstadumbaus. www.rp-online.de/wermelskirchen

RGa DONNERSTAG, 30. MAI 2013

rga.Heute

Behörden Termin muss nicht sein

Fraktionsvorsitzender Henning Rehse (WNK UWG) hat am Mittwoch eine Erklärung der Bezirksregierung Köln zur Frage ihres Eingreifens in Sachen Radverkehr Telegrafienstraße verbreitet. Danach habe sie durch eine Verfügung am Dienstag die Stadt informiert, dass ohne eine „zeitgleich angebotene“ verkehrssichere Alternativstrecke „eine Veränderung der derzeitigen Verkehrssituation nicht möglich ist“. Die Verfügung sei kurzfristig notwendig gewesen, weil der Bezirksregierung gerade erst bekannt wurde, dass die bestehende Verkehrsführung aufgehoben werden sollte. Beim Ortstermin am 11. Juni werde „über Alternativstrecken diskutiert, um eine verkehrssichere Lösung zu finden“. Und weiter heißt es noch: „Sollte die Stadt Wermelskirchen bereits vorher eine verkehrssichere Alternativroute umsetzen, ist dieser Termin allerdings entbehrlich.“ s.n.